



Antwort

des Ministerpräsidenten

auf die Kleine Anfrage

des Abg. Heyenn (SPD)

Tangentenring in Norderstedt

1. Hat die Landesregierung den Beschluß der Stadtvertretung Norderstedt vom November 1974 betr. die Trassenführung des Tangentenringes zur Kenntnis genommen?

Ja.

2. Aus welchen Gründen ist es bisher nicht zu einer landesplanerischen Stellungnahme der Landesregierung zu dem unter 1. genannten Beschluß gekommen?
3. Wann ist mit einer landesplanerischen Aussage zu rechnen?

Der Beschluß der Stadtvertretung Norderstedt vom 12. November 1974 war bereits Gegenstand einer eingehenden Erörterung zwischen Beamten der Landesregierung und Vertretern der Stadt Norderstedt. In dieser Erörterung ist in Aussicht genommen worden, daß zusätzlich zu den bereits vorliegenden landesplanerischen Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan der Stadt Norderstedt eine ergänzende und die derzeitige Diskussion berücksichtigende Äußerung der Landesplanungsbehörde zu den geltenden Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Stadt Norderstedt, zu denen auch der Tangentenring gehört, abgegeben werden wird. Die Vorbereitungen zu dieser Stellungnahme, die nicht nur den Tangentenring, sondern auch andere wesentliche Entwicklungsfragen der Stadt betreffen soll, konnten noch nicht abgeschlossen werden.

4. Welche Alternativen für die ursprünglichen Pläne sieht die Landesregierung nach dem gegenwärtigen Stand der Planung?
5. Welche Untersuchungen, Gutachtaufträge etc. sind ggf. in Auftrag gegeben, und welche sind davon noch nicht abgeschlossen?

Die Zielsetzung und Trassenführung für den Tangentenring beruht auf der Festsetzung des Regionalplans I, der mit den fachlich zuständigen Stellen des Landes Schleswig-Holstein, den Kreisen des Hamburger Nachbarraumes und ihrer Arbeitsgemeinschaft sowie mit der Freien und Hansestadt Hamburg abgestimmt ist. Das Entwicklungsgutachten der Neuen Heimat/GEWOS für die Stadt Norderstedt hat den Tangentenring und seinen vorgesehenen Trassenverlauf bestätigt.

Die Landesregierung beabsichtigt, keine weitere Untersuchung in Auftrag zu geben; es ist ihr aber bekannt, daß die Stadt Norderstedt diese Frage erneut zum Gegenstand einer Verkehrsuntersuchung machen will.

Dr. Stoltenberg